

Stand: 11.02.2026 00:39:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8694

"Modellregion Ingolstadt: Bürokratieabbau und Stärkung des Industriestandorts Oberbayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8694 vom 22.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9392 des WI vom 27.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

**Modellregion Ingolstadt:
Bürokratieabbau und Stärkung des Industriestandorts Oberbayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Stadt Ingolstadt als Modellregion Oberbayern für den geplanten Bürokratieabbau auszuwählen und die dafür notwendigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

Begründung:

Die CSU-Fraktion hat im Zuge ihrer Klausurtagung im Kloster Banz im September 2025 angekündigt, in jedem Regierungsbezirk eine Modellregion zum zielgerichteten Bürokratieabbau einzurichten. In diesen Regionen sollen landesrechtliche Vorgaben durch Experimentierklauseln temporär außer Kraft gesetzt werden, um den Abbau überflüssiger Regelungen zu erproben und später flächendeckend anzuwenden.

Ingolstadt eignet sich in besonderer Weise für eine solche Modellregion:

1. Wirtschaftliche Bedeutung:

Ingolstadt ist einer der führenden Industriestandorte Bayerns mit einer hohen Dichte an Automobil- und Zulieferbetrieben sowie innovativen Technologieunternehmen. Gerade diese Unternehmen leiden unter den massiven Bürokratielasten und den grünen Planvorgaben der Ampel – vom Lieferkettengesetz über Energie- bis hin zu Klimaschutzverordnungen. Ein effektiver Abbau von Berichts- und Genehmigungspflichten würde die regionale Wirtschaft unmittelbar stärken.

2. Verwaltungsstruktur und Digitalisierung:

Ingolstadt verfügt über eine leistungsfähige Verwaltung und zählt zu den führenden Digitalstandorten Bayerns. Die Verzahnung von Kommunalverwaltung, Hochschulen und Mittelstand bietet optimale Bedingungen für ein Pilotprojekt zur Verschlankung behördlicher Verfahren und zur Digitalisierung von Genehmigungsprozessen.

3. Gesamtwirtschaftlicher Nutzen:

Eine Bürokratie-Modellregion in Ingolstadt würde bayernweit Signalwirkung entfalten und zeigen, wie unternehmerisches Handeln durch weniger Regulierung und mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürger wieder gestärkt werden kann – ganz im Sinne eines schlanken Staates und der sozialen Marktwirtschaft, wie sie die AfD fordert.

4. Regionale Gerechtigkeit:

Oberbayern ist der wirtschaftlich stärkste Regierungsbezirk und verdient eine Modellregion, die nicht auf ländliche Symbolprojekte, sondern auf reale Industriepolitik setzt. Der Standort Ingolstadt vereint Tradition, Industriekompetenz und Zukunftstechnologien wie kaum ein anderer.

Ziel des Antrags ist es, die Bürokratiebelastung messbar zu reduzieren, Verfahren zu beschleunigen und die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Kommunen zu übertragen. Damit würde Bayern zeigen, „was schnell und problemlos möglich ist“ – nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis vor Ort.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/8694

Modellregion Ingolstadt: Bürokratieabbau und Stärkung des Industriestandorts Oberbayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Oskar Lipp**
Mitberichterstatter: **Martin Mittag**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende